FMEP
ZMLP

Medienmitteilung *(Sperrfrist bis 15.00 Uhr)*

Delegiertenversammlung vom 7. November 2026

Der ZMLP wählt einen neuen Präsidenten und verabschiedet einstimmig eine Resolution für den Teuerungsausgleich 2027

Die Delegiertenversammlung des Zentralverbands der Magistraten, der Lehrerschaft und des Personals des Staates Wallis und des parastaatlichen Sektors (ZMLP) fand am Samstag, 7. November 2026, in der Aula der HES-SO Valais-Wallis in Siders statt. Dabei trafen die über 200 Delegierten drei wichtige Entscheidungen: die Wahl von Julien Dubuis zum neuen Präsidenten des Zentralverbands, die Aufnahme eines neuen Berufsverbands und die einstimmige Verabschiedung einer Resolution, mit der ein vollständiger Teuerungsausgleich für 2027 gefordert wird.

Eine Versammlung im Zeichen des Dialogs und des gemeinsamen Engagements

An der Delegiertenversammlung des ZMLP wurden neben den drei bereits erwähnten Punkten, auf die weiter unten näher eingegangen wird, auch die wichtigsten statutarischen Geschäfte des Zentralverbands behandelt.

Den zweiten Teil der Versammlung prägten die beiden eingeladenen Staatsratsmitglieder Franziska Biner und Christophe Darbellay mit ihren Beiträgen zu verschiedenen aktuellen Themen, die für das Personal des Kantons Wallis und der subventionierten parastaatlichen Institutionen von Bedeutung sind.

Ihre Ausführungen befassten sich insbesondere mit dem Budget 2027, dem Stand des Projekts zur Bewertung der Funktionen (EVAFO), dem Personalbedarf der Kantonsverwaltung sowie den Herausforderungen, die sich aus der Arbeitsbelastung und dem arbeitsbedingten Stress ergeben.

Auch verschiedene Themen aus dem Bildungsbereich wurden angesprochen, insbesondere die Reformen der Walliser Schule, die Kantonalisierung der Schulleitungen, der Gesetzesentwurf zur Universität Wallis sowie Fragen zum Persönlichkeitsschutz der Mitarbeitenden.

Julien Dubuis zum neuen Präsidenten des ZMLP gewählt

Die Delegierten wählten Julien Dubuis, Mitglied des WVM und Lehrer am Lycée-Collège Ella Maillart in Sitten, per Akklamation zum neuen Präsidenten des ZMLP.

Als Nachfolger von Thomas Progin tritt er sein Amt offiziell am Montag, 9. November 2026, an. Mit dieser Wahl beginnt ein neuer Abschnitt in der Geschichte des Zentralverbands, der sich weiterhin für die beruflichen Interessen und die Arbeitsbedingungen des Personals des Staates Wallis und der subventionierten parastaatlichen Institutionen einsetzt.

Fédération des Magistrats, des Enseignants et du Personnel de l'Etat du Valais
Zentralverband der Magistraten, der Lehrerschaft und des Personals des Staates Wallis

Rue Pré-Fleuri 9 ■ PF 247 ■ 1951 Sitten ■ Tel. 027 323 40 43 ■ Fax 027 323 40 50 ■ info@fmep.ch ■ fmep.ch

FMEP
ZMLP

Ein fünfzehnter Verband schliesst sich dem ZMLP an

Die Delegiertenversammlung stimmte der Aufnahme des Personalverbands «PEKING» des Kinderdorfs Leuk zu.

Mit diesem Neuzugang vereint der ZMLP nun 15 Mitgliedsverbände unter seinem Dach und stärkt damit seine Stellung als Interessenvertretung des Personals der verschiedenen öffentlichen und parastaatlichen Walliser Institutionen.

Teuerungsausgleich 2027: Resolution einstimmig verabschiedet

Ein wichtiger Moment der Delegiertenversammlung war die einstimmige Verabschiedung einer Resolution gegen den vom Staatsrat beschlossenen Verzicht auf den Teuerungsausgleich für 2027.

Der Budgetentwurf 2027 des Staates Wallis, der sich auf rund 4,9 Milliarden Franken beläuft, sieht einen Ertragsüberschuss von 700 000 Franken und einen Finanzierungsüberschuss von 800 000 Franken vor. Damit erfüllt er die verfassungsmässigen Vorgaben für ein finanzielles Gleichgewicht. In den vergangenen zehn Jahren schloss die Staatsrechnung zudem regelmässig deutlich besser ab als im Budget veranschlagt.

Der ZMLP kann den Entscheid des Staatsrats, für 2027 auf den Teuerungsausgleich zu verzichten, nur schwer nachvollziehen, da die vorgelegten Zahlen zur Finanzlage aus seiner Sicht eine solche Massnahme nicht rechtfertigen.

Der ZMLP fordert daher den Grossen Rat auf, bei der Beratung des Budgets 2027 besonderes Augenmerk auf die Bestimmungen von Artikel 19a GBes zu legen. Demnach werden die Lohnbestandteile jährlich auf der Grundlage des schweizerischen Landesindexes der Konsumentenpreise vom März und unter Berücksichtigung der finanziellen Lage des Staates an die Teuerung angepasst.

Der ZMLP nimmt ausserdem erfreut zur Kenntnis, dass die integrierte Mehrjahresplanung (IMP) 2027–2030 für die Jahre 2028 bis 2030 einen vollständigen Teuerungsausgleich bei den Lohnskalen vorsieht.

Der ZMLP weist darauf hin, dass der Teuerungsausgleich keine reale Lohnerhöhung darstellt, sondern in erster Linie dem Erhalt der Kaufkraft des Personals dient.

Dieser Entscheid betrifft zudem nicht nur das Personal des Staates Wallis. Viele subventionierte parastaatliche Institutionen sowie die Gemeinden, sozialmedizinischen Zentren und Alters- und Pflegeheime orientieren sich bei ihrer Lohnpolitik an den Entscheiden des Staates. Der Verzicht auf den Teuerungsausgleich könnte somit beträchtliche Konsequenzen für die Kaufkraft und die Walliser Wirtschaft haben.

Fédération des Magistrats, des Enseignants et du Personnel de l'Etat du Valais
Zentralverband der Magistraten, der Lehrerschaft und des Personals des Staates Wallis

Rue Pré-Fleuri 9 ■ PF 247 ■ 1951 Sitten ■ Tel. 027 323 40 43 ■ Fax 027 323 40 50 ■ info@fmep.ch ■ fmep.ch

FMEP
ZMLP

Mit dieser einstimmig verabschiedeten Resolution fordert die Delegiertenversammlung

- den Staatsrat auf, seinen Entscheid zum Verzicht auf den Teuerungsausgleich für 2027 zu überdenken;
- den Grossen Rat auf, bei der Beratung des Budgets 2027 einen vollständigen Teuerungsausgleich von 0,8 % per 1. Januar 2027 zu beschliessen;
- den Staatsrat und den Grossen Rat auf, dafür zu sorgen, dass auch das Personal der subventionierten parastaatlichen Institutionen den Teuerungsausgleich erhält und die Subventionen und Budgetmittel entsprechend angepasst werden, ohne andere Mittel zu kürzen.

Die Delegiertenversammlung des ZMLP fordert deshalb die vollständige Gewährung des Teuerungsausgleichs von 0,8 % per 1. Januar 2027.

Der ZMLP wird sich weiterhin beim Staatsrat und beim Grossen Rat für seine Anliegen einsetzen.

Mit dieser Resolution macht die Delegiertenversammlung gegenüber den kantonalen Behörden deutlich, wie wichtig der Erhalt der Kaufkraft des gesamten Personals ist.

Der ZMLP wird den Dialog mit dem Staatsrat und dem Grossen Rat im Sinne einer konstruktiven Sozialpartnerschaft weiterführen und sich dabei für einen Teuerungsausgleich einsetzen, der den gesetzlichen Vorgaben und der finanziellen Lage des Kantons Rechnung trägt.

Der ZMLP wird die Auswirkungen künftiger Budgetmassnahmen auf die Arbeitsbedingungen des Personals und die Qualität der öffentlichen Dienstleistungen weiterhin aufmerksam verfolgen. Dies gilt vor allem für das vom Staatsrat angekündigte Programm zum finanziellen Ausgleich, das bis 2030 Massnahmen im Umfang von 180 Millionen Franken vorsieht.

Für weitere Informationen wenden Sie sich bitte an:
Französisch:
Stéphane Pont, Generalsekretär
079 572 34 08 – stephane.pont@fmep.ch

Deutsch:
Patricia Biner, Mitglied der Präsidentenkonferenz
079 602 60 79 – patricia.biner@edu.vs.ch